



Landeshauptstadt
Potsdam

**Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz
und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus
und Fremdenfeindlichkeit
für die Landeshauptstadt Potsdam**

Potsdam bekennt Farbe!

Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander.

Rechenschaftslegung 2006

Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam

Rechenschaftslegung 2006

Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes

Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes

Der Lokale Aktionsplan wird seit seiner Erstellung im Jahr 2001/2002 fortgeschrieben. Dazu ist es notwendig, die im Aktionsplan vorgeschlagenen Maßnahmen auf ihre Aktualität, Effizienz und Umsetzung bzw. Umsetzbarkeit hin zu überprüfen.

Für die fachlich fundierte Steuerung, Koordinierung und Begleitung wurde im Oktober 2002, unter Vorsitz des Oberbürgermeisters, ein Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans einberufen, mit je einem Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, dem Jugendamt, der Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz, des Mobilen Beratungsteams, des Ausländerbeirates, der Ausländerbeauftragten, der Flüchtlingsberatungsstelle, des Stadtsporthundes, der evangelischen Kirche, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Industrie- und Handelskammer, des ASTA, der Potsdamer Initiativen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie des Polizeipräsidiums Potsdam.

Mit der Gründung des Beirats ist ein breites Bündnis vieler engagierter Personen der Zivilgesellschaft entstanden, die als Multiplikatoren in die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft hinein wirken.

Das wird als Möglichkeit verstanden, um sich in einem breiten gesellschaftlichen Zusammenschluss mit den menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Ideologien und Aktivitäten auseinander zu setzen. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass eine zukunftsfähige Demokratie nur dann existieren kann, wenn es gelingt, das Engagement vieler Mitglieder der Zivilgesellschaft zu wecken und zu stärken.

Umsetzung der Maßnahmen

Die im Lokalen Aktionsplan verankerten Maßnahmen zur Veränderung der strukturellen Bedingungen von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, besonders die Anti-Diskriminierungsvereinbarungen in Betrieben, die städtische Aufforderung zur Abschaffung der Residenzpflicht und die Erweiterung der Ausnahmegenehmigungen zum Verlassen des zugewiesenen Aufenthaltsbereiches durch die Ausländerbehörde, wurden ausführlich im Beirat diskutiert.

Im Ergebnis der Diskussion entstanden folgende Vereinbarungen:

- Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam prüft gemeinsam mit der Personalvertretung der Stadtverwaltung und dem Bereich Recht, in welcher Form die Hinweise aus der Beiratssitzung in eine Betriebsvereinbarung fließen können.
- Der Oberbürgermeister richtet im Namen der Beiratsmitglieder ein Schreiben an die Bundestagsabgeordneten, in dem auf die Notwendigkeit der Veränderung der Verfahrensvorschriften bezüglich der Residenzpflicht hingewiesen wird.
- Der Oberbürgermeister bittet in einem Schreiben die Innenminister der Länder Berlin und Brandenburg um Prüfung der Möglichkeit der gegenseitigen Aufhebung der räumlichen Beschränkung der Aufenthaltsgestattung und der Duldung zwischen Berlin und Potsdam analog der Handhabung zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark.

Arbeit der Organisationsgruppe Aktionstag

Bereits im Jahr 2005 wurden auf Grund mehrerer politisch-rechtsextremer Demonstrationen in der Landeshauptstadt Potsdam zwei Arbeitsgruppen innerhalb des Beirats gebildet. Die

für die Organisation von Aktionstagen verantwortliche Gruppe sah auch 2006 für sich die Aufgabe, Maßnahmen und Ideen zu diskutieren, wie Aktionstage besser vorbereitet und durchgeführt werden können. Neue Partner sollten gewonnen und bestehende Kooperationsbeziehungen gefestigt werden. Dazu wurde von der Arbeitsgruppe ein Handling erarbeitet. Darin verankert sind die Aufgaben, die in Bezug auf die Vorbereitung und Durchführung eines Aktionstages zu erledigen sind. Erste Überlegungen zur Übernahme von Verantwortlichkeiten sind berücksichtigt worden. Damit konnte die Arbeit des Beirats effektiviert werden.

Prozesseindrücke - Prozessbeobachtung

Im Jahr 2005 wurde in der Presse und durch den Verein JeP e.V. eine Zunahme der politisch motivierten Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen thematisiert. In zwei außerordentlichen Beiratssitzungen befasste sich der Beirat mit dieser Problemlage. Ziel der Sitzungen war es, gemeinsam eine Eskalation der Gewalt mit geeigneten Mitteln zu verhindern. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Situation von Opfern rechtsextremer Übergriffe vor und im Gerichtsgebäude aufmerksam gemacht. Um eine ähnliche Situation beim anstehenden „Tram-Prozess“ (2006) zu unterbinden und den Opfern des Übergriffs die Solidarität der Beiratsmitgliedern zu demonstrieren, nahmen einige Beiratsmitglieder als Beobachter an den einzelnen Prozesstagen teil. Durch die Präsenz der Beiratsmitglieder und der Vereinsmitglieder von JeP konnte unter anderem verhindert werden, dass Sympathisanten der Täter den Gerichtssaal für ihre Sympathiebekundungen nutzten. Eine Auswertung der Eindrücke der Prozessbeobachter erfolgte in einer Beiratssitzung.

„Tag der Demokraten“ in Halbe 2006

Neonazis aus ganz Deutschland versuchen den kleine Ort Halbe jedes Jahr für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Auch 2006 wurden Kräfte aus der rechtsextremen Szene mobilisiert, um ein sogenanntes „Heldengedenken“ zu veranstalten. Dem Anliegen der Neonazis galt es entgegenzutreten. Das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ organisierte auch 2006 in Zusammenarbeit mit vielen Organisationen am 18. November den „Tag der Demokraten“. Die Mitglieder des Beirats hatten gemeinsam beschlossen, diesen Tag offensiv zu unterstützen und die Potsdamerinnen und Potsdamer aufzurufen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Durch die Unterstützung der Verkehrsbetriebe in Potsdam konnten für die Fahrt nach Halbe kostenlos Busse zur Verfügung gestellt werden. In Halbe versammelten sich ca. 8.000 Menschen, darunter ca. 250 Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Potsdam. Der Potsdamer Laufklub rief alle Sportbegeisterten auf, sich an der „Meile für Toleranz“ zu beteiligen. Dabei hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, entweder die gesamte Strecke von Potsdam nach Halbe oder einzelne Etappen zu Fuß zurückzulegen. Als sichtbares Zeichen trugen die Teilnehmer sowohl die „Potsdam bekennt Farbe“ - Schals als auch das Banner.



Politisch motivierte Auseinandersetzungen in der Stadt Potsdam

Leider ereigneten sich auch im Jahr 2006 in der Landeshauptstadt Potsdam gewalttätige Auseinandersetzungen/Übergriffe, bei denen zum Teil politisch-motivierte Hintergründe vermutet wurden.

März 2006

Im März des Jahres 2006 ereignete sich in einem Potsdamer Wohngebiet eine Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen, die in der Presse als politisch-motiviert publiziert wurde. Um die Situation einschätzen und zeitnah darauf reagieren zu können, wurde der Beirat kurzfristig zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Durch die Polizei konnte die Aussage, dass die Auseinandersetzung politisch-motiviert ist, nicht bestätigt werden. Eine entsprechende Pressemitteilung der Polizei erfolgte nach Abschluss der Ermittlungen.

April 2006

In den Morgenstunden des 16. April 2006 ereignete sich in der Landeshauptstadt Potsdam ein Überfall auf einen Potsdamer afrikanischer Herkunft. Nach ersten Einschätzungen der Polizei handelte es sich dabei eindeutig um eine rassistisch motivierte Tat.

Gemeinsam mit dem bundesweiten Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und dem Toleranten Brandenburg hatte der Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes sofort mit einer Presserklärung auf dieses Ereignis reagiert. Die Unterzeichner erklärten sich mit dem Opfer der Gewalttat und seiner Familie solidarisch und sicherten den Angehörigen ihre Unterstützung zu. Ebenso beteiligte sich der Beirat auch an den Spendenaufrufen des Vereins Brandenburg gegen Rechts! e.V. zur Unterstützung der betroffenen Familie des Opfers.

Am 19. April berief der Oberbürgermeister eine außerordentliche Beiratssitzung ein. Mitglieder des Beirats und weitere Potsdamer Persönlichkeiten beschlossen, am 21. April 2006 die Potsdamer zu einer Solidaritätskundgebung auf dem Luisenplatz einzuladen. Viele Potsdamer Vereine, Einrichtungen und Institutionen, aber auch Bürgerinnen und Bürger schlossen sich dem Aufruf an und zeigten auf sehr unterschiedliche Art und Weise ihre Solidarität mit dem Opfer und dessen Angehörigen. 333 Teilnehmer an der

Veranstaltung unterzeichneten den Aufruf des Beirats und viele bekundeten darüber hinaus mit persönlichen Aussagen ihre Meinung.

Auszüge:

„Nicht die Politiker haben es in der Hand, sondern jeder EINZELNE von uns!“

„... klare gerade Menschen wär'n ein schönes Ziel. Leute ohne Rückrat haben wir schon zuviel!“

„Einfarbigkeit ist langweilig. Das Land ist reich, das viele Kulturen und Farben in sich eint.“



Rechtsextremismus in Potsdam

Um die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Potsdam besser analysieren und schneller auf Veränderungen reagieren zu können ist es notwendig, verschiedene Informationen und Erkenntnisse auszuwerten. Dazu gehören nicht nur die Statistiken der Polizei, des Landeskriminalamtes und/oder des Verfassungsschutzes. Einen besonderen Stellenwert nehmen Beobachtungen bzw. Einschätzungen von Opferverbänden, Jugendgruppen, Streetworkern, Jugendklubmitarbeitern und die gesellschaftliche Öffentlichkeit ein. Gerade Vereine, die Opfer von fremdenfeindlicher Gewalt beraten und betreuen, können durch ihre Kontakte und die tägliche Arbeit ein klares Bild der Situation zeichnen.

Studie „Rechtsextremismus in Potsdam 1992-2005. Eine Chronologie.“

Im April 2006 haben die Mitglieder der Forschungsgruppe Rechtsextremismus an der Universität Potsdam eine Studie mit dem Titel „Rechtsextremismus in Potsdam 1992 bis 2005. Eine Chronologie.“ veröffentlicht. Wie im Vorwort zur Studie erklärt wird, möchte die Forschungsgruppe mit der Studie einen Beitrag zum öffentlichen Diskurs über Rechtsextremismus in der Stadt Potsdam liefern.

Die Mitglieder des Beirats hatten beschlossen, mit den Vertretern der Forschungsgruppe in diesen öffentlichen Diskurs zu treten. Um die in der Studie geschilderte Situation aus verschiedenen Sichten beurteilen zu können, wurde auch die Leiterin des Verfassungsschutzes eingeladen.

Aus Sicht des Verfassungsschutzes stellt sich die Situation in Potsdam folgend dar:

Die Landeshauptstadt Potsdam hat eine günstige Ausgangslage, da es in Potsdam a.) keine rechtsextremen Parteistrukturen gibt, die auf junge Menschen parteipolitisch ausstrahlen und b.) keine Kameradschaften existieren. Es gibt in Potsdam eine unorganisierte Szene, zum Teil Mitgliedschaft in Kameradschaften, aber keine organisierten Strukturen. Im Jahr 2005 war ein Anstieg der Straftaten im Bereich des Rechtsextremismus entgegen dem Bundestrend zu verzeichnen.

Situation am Potsdamer Hauptbahnhof

Durch ein Mitglied des Beirats wurde auf die Situation am Potsdamer Hauptbahnhof aufmerksam gemacht. Nach Einschätzung des Beiratsmitglieds hat sich der Potsdamer Hauptbahnhof seit seinem Umbau zum wohl wichtigsten Treffpunkt rechter Jugendcliquen entwickelt. Hier treffen sich neben Potsdamer Nazis, begünstigt durch die zentrale Lage und die Verkehrsanbindung, v.a. auch rechtsextreme Jugendliche aus dem Umland. Im Sommer 2005 war zu beobachten, dass eine Gaststätte, die auf der Spange des Hauptbahnhofes betrieben wird, als ein Beobachtungsposten organisierter Neonazis aus Berlin und Potsdam diente. Es ist davon auszugehen, dass hier auch Aktionen und Straftaten besprochen wurden. In den letzten Jahren haben sich im und um den Bahnhof die Übergriffe rechter Jugendlicher gegen (vermeintliche oder tatsächliche) Ausländer/innen und in den letzten 1-2 Jahren vor allem die Übergriffe gegen alternative und nicht-rechte Jugendliche stark ausgeweitet. Offenbar versuchen Rechte, andere Jugendliche aus dem Bereich Hauptbahnhof zu verdrängen und die Dominanz in diesem öffentlichen Raum zu gewinnen. Erschreckend ist, dass die Videoüberwachung eine Zunahme der Gewaltstraftaten nicht nur nicht verhindern konnte, sondern sogar dazu beigetragen hat, dass eine Verdrängung von den Außen- in die Innenbereiche zu verzeichnen ist. Gründe dafür könnten das unterschiedliche Anzeigenverhalten von Polizei (zuständig für den videoüberwachten Außenbereich) und Sicherheitsdiensten bzw. Bundespolizei (zuständig für den

Innenbereich), die Tolerierung durch Gewerbetreibende und fehlendes Problembewusstsein des Center-Managements sein.

In der anschließenden Diskussion wurden die unterschiedlichen Auffassungen und Wahrnehmungen des geschilderten Problems diskutiert.

Gemeinsam wurden erste Schritte vereinbart, um die Situation vor Ort zu verbessern. Dazu war es notwendig, die zuständigen Sicherheitskräfte zu sensibilisieren, um schneller auf entstehende Situationen reagieren zu können. Gleichzeitig wurden die Sicherheitskräfte über neue Symbole des rechtsextremen Spektrums informiert.

Dazu wurde durch den Schutzbereich Potsdam ein Konzept „Schulungsprogramm bei der Bundespolizei“ entwickelt. Dieses Konzept soll auf Grund der tagespolitischen Ereignisse im Jahr 2006 erst 2007 umgesetzt werden. Das Mobile Beratungsteam führte mit den Mitarbeitern der Sicherheitsfirma und der Bundespolizei im Herbst 2006 eine Fortbildung zu den Themen „Neuere Entwicklung im Rechtsextremismus und deren Ausdrucksformen in Symbolen und Mode“ durch.

Die Situation am Hauptbahnhof wird als Thema aktuell gleichbleibend in den nächsten Sitzungen aufgerufen.

Öffentlichkeitsarbeit

Plakataktion „Alltagsrassismus“

In Auswertung des Übergriffs im April 2006 und der Solidaritätskundgebung haben die Mitglieder des Beirats beschlossen, dass auf das Thema Alltagsrassismus und Rechtsextremismus mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen Bezug genommen werden soll. Dazu wurden mittel-, kurz- und langfristige Maßnahmen beschlossen, welche umgesetzt werden sollen.

Als erste Maßnahme wurden in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Potsdam die Siegerplakate der Plakataktion „Alltagsrassismus“ ab dem 27. April 2006 erneut in den öffentlichen Verkehrsmitteln der Landeshauptstadt Potsdam angebracht. Auf diese Weise sollten sehr viele Potsdamerinnen und Potsdamer aber auch Gäste der Stadt erreicht und somit einen Beitrag für Gewaltfreiheit und gegen Alltagsrassismus geleistet werden.



Ausstellung „Alltagsrassismus“

Aus der Plakataktion „Alltagsrassismus“ ist eine Ausstellung entstanden. Diese Ausstellung kann in der Landeshauptstadt Potsdam ausgeliehen werden. Diese Möglichkeit hat im Jahr 2006 die Stadt Marburg genutzt. Im Rahmen einer Aktionswoche für Toleranz und

Demokratie in Zusammenarbeit mit vielen verschiedenen Vereinen wurden die Plakate auf Initiative der Bürgerinitiative für soziale Fragen e.V. ausgestellt.

Aufkleber „Potsdam bekennt Farbe!“

Zu den kurzfristigen Maßnahmen gehört unter anderem eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit. Es wurde die Idee entwickelt, das bekannte Logo „Potsdam bekennt Farbe! Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“ zu nutzen und dieses als Aufkleber für Fahrzeuge anfertigen zu lassen. Damit sollten dann als erstes die Dienstfahrzeuge der Stadtverwaltung ausgerüstet werden. Danach sollten die Aufkleber auch den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt Potsdam zu Verfügung gestellt werden.

Seit November 2006 haben alle Dienstfahrzeuge der Stadtverwaltung mindestens einen Aufkleber. Für die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger sind die Aufkleber beim Bürgerservice erhältlich.



Buch der Zukunft

Durch die Botschafter des Verbundnetzes der Wärme wurde der Oberbürgermeister gebeten, einen Beitrag zum „Buch der Zukunft“ – Thema „Was muß in Zukunft geschehen, damit Rassismus und Gewalt in unserer Gesellschaft nicht überhand nehmen?“ zu verfassen. Gemeinsam mit den Beiratsmitgliedern wurde dazu ein Textentwurf erarbeitet und gemeinsam verabschiedet.

Auszeichnungen

DEMO-Kommunalfuchs 2006

Im Rahmen des 1. Bundeskongress „Kommunalpolitik besser machen“ wurde die Landeshauptstadt Potsdam 2006 für ihre kommunalpolitische Gesamtstrategie mit dem „DEMO-Kommunalfuchs 2006“ ausgezeichnet. Sie erhielt diesen Preis für ihren „Aktionsplan für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“. Überreicht wurde der Preis durch den Vorsitzenden der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages, Herrn Peter Struck.

„Moderne Kommunalpolitik sollte nach Ansicht der Jury aus Vertretern der SPD-Bundestagsfraktion, der Bundes-SGK und der DEMO-Redaktion sowohl beteiligungsorientiert, wie effizient, nachhaltig, sozial und vernetzt angelegt sein. Nach Einschätzung der Jury erfüllt der Aktionsplan diese Kriterien in hohem Maße: Einmal umfasst

er eine wirkliche Gesamtstrategie, die 2001 als Antwort auf gesellschaftliche Probleme beschlossen wurde. Und der unter Vorsitz des Oberbürgermeisters einberufene Beirat stellt sicher, dass die Zivilgesellschaft regelmäßig die Umsetzung des Planes begleitet, aber auch wenn nötig korrigiert oder neue Maßnahmen in die Wege leitet. Diese Multiplikatoren haben es geschafft, eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung anzuregen und das innerstädtische Klima nachhaltig zu beeinflussen.“ (Auszüge aus der Laudatio, gehalten durch den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Herr Dr. Gerhard Langemeyer, als SGK-Bundesvorsitzender und Herausgeber der DEMO)



Band für Mut und Verständigung

Die gewalttätigen Übergriffe auf Ausländer in Hoyerswerda im Jahr 1991 haben die gesellschaftlichen Kräfte in Berlin und Brandenburg bewogen, ein gemeinsames Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit zu gründen. Als ständige Aktivität hat das Bündnis 1993 beschlossen, beispielhafte Aktionen in Berlin und Brandenburg mit dem „Band für Mut und Verständigung“ auszuzeichnen, bei denen Bürgerinnen und Bürger sich couragiert gegen Ausländerfeindlichkeit wenden und sich für Verständigung unterschiedlicher Kulturen einsetzen.

2006 wurde dem Potsdamer Verein „Jugend engagiert in Potsdam“ das „Band für Mut und Verständigung“ überreicht. Der Verein, der auch Mitglied im Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes ist, erhielt diese Auszeichnung in Anerkennung seiner hervorragenden Arbeit bei der Beratung und Betreuung von Opfern rechter Übergriffe.

Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus

Die Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus ist eine Initiative der UNESCO, die 2004 gestartet wurde. Ziel ist es, ein internationales Netzwerk von Städten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen, aufzubauen.

Am 10. Dezember 2004 wurde in Nürnberg die „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus“ gegründet und ein „Zehn-Punkte Aktionsplan“ mit konkreten Handlungsbeispielen verabschiedet.

Auch auf europäischer Ebene gewinnt eine Zusammenarbeit zunehmend an Bedeutung. Die Landeshauptstadt Potsdam ist sich dieser Bedeutung durchaus bewusst und hat im April 2006 auf Initiative der Stadtverordnetenversammlung den Beitritt in die „Europäische Städtekoalition gegen Rassismus“ beschlossen.

Im September 2006 unterzeichneten der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, Herr Jann Jakobs, und die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Birgit Müller, die Beitrittserklärung der Stadt zur Europäischen-Städte-Koalition gegen Rassismus und die Annahme des 10-Punkte Aktionsplanes. Die Landeshauptstadt Potsdam bekennt sich damit zu dem Ziel des Netzwerkes, das in der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus besteht.

Die Stadt erklärte sich mit der Unterzeichnung bereit, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die damit verbundenen Aktionen durchzuführen. Diese Verpflichtungen und Aktionen sollen zu einem Bestandteil der Strategien und Politik der Stadt werden.

Der 10-Punkte Aktionsplan beinhaltet Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in den Mitgliedsstädten.

Für die Landeshauptstadt Potsdam war der Beitritt zur Europäischen Städte-Koalition ein folgerichtiger Schritt im Hinblick auf die Umsetzung des seit 2001 bestehenden Lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Auch die vielfältigen Aktionen unter dem Logo „Potsdam bekennt Farbe! Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander.“ sind ein Ausdruck der Haltung der Landeshauptstadt Potsdam.

„Potsdam bekennt Farbe! Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“

Dem öffentlichen Bekenntnis „Potsdam bekennt Farbe! Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“ schließen sich immer mehr Potsdamerinnen und Potsdamer, Vereine, Institutionen und Einrichtungen der Stadt an. Sie organisieren Feste, Lesungen, Tagungen und vieles mehr. Dabei sind Traditionen entstanden, die von einem großen Engagement und Vielfalt Zeugnis ablegen.

Dies ist ohne Zweifel ein Ergebnis der Umsetzung und ständigen Fortschreibung des „Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam“ und der kontinuierlichen und engagierten Arbeit aller Mitglieder des Beirates.

Die folgende Darstellung spiegelt dabei nur einen kleinen Ausschnitt wieder und zeigt Beispiele, bei denen einzelne Mitglieder des Beirates involviert waren.

Festival gegen Rassismus

Zum sechsten Mal fand in der Landeshauptstadt das „Festival gegen Rassismus“ statt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund organisiert seit 2001 am Vorabend des 1. Mai diese Veranstaltung, die unter dem Motto „Rhythm against Racism“ 2500 Besucher anzog.

Die Konzerte reihen sich in eine Vielzahl von Aktionen unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe!“ ein. Gerade in der heutigen Zeit, auch angesichts der immer wieder geplanten und stattfindenden Demonstrationen rechtsextremistisch orientierter Organisationen, ist es wichtig, gemeinsam ein Zeichen zu setzen.

Menschlichkeit und Toleranz sind Werte, die in der Biographie einer jeden Generation verankert sein müssen. Mit den Konzerten wird Jugendlichen ein Angebot gemacht, sich mit dem Thema Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auseinander zu setzen, das ihrer Alters- und Lebenskultur entspricht, ohne mit dem „erhobenen Zeigefinger“ in moralische Polemik zu verfallen.



Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist ein Projekt von und für Schülerinnen und Schüler, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen.

Um die Potsdamer Schulen über die Ziele und Inhalte des Projekts zu informieren, fand im Juni eine Veranstaltung in der Stadtverwaltung statt. Die Veranstaltung wurde durch die Landeskoordination der RAA Brandenburg e.V. durchgeführt.

Am 04. Juli 2006 wurde der Völklinger-Gesamtschule als erste Potsdamer Schule der Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ verliehen. Der Oberbürgermeister übernahm dabei die Patenschaft für die Schule. In einem Statement zur Bedeutung der SOR-SMC äußerte sich der Oberbürgermeister folgendermaßen:

„Ich unterstütze Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, weil sich gerade die Schülerinnen und Schüler der Landeshauptstadt Potsdam aktiv für Demokratie und Toleranz einsetzen und ein deutliches Zeichen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit setzen. Dies zeigt sich in den vielfältigen Aktivitäten der Schulen, wie z.B. dem internationalen Austausch von Schülern, den Projekttagen zum Thema „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“, den Veranstaltungen und Diskussionsrunden an den Schulen und den von Schülern organisierten Demonstrationen gegen Gewalt. Diese Aktivitäten möchte ich durch meine Bereitschaft der Übernahme einer Patenschaft unterstützen.“

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage muss sein, weil diese Aktion ein herausragendes Beispiel für eine gelebte Demokratie ist, da alle Persönlichkeiten einer Schule, vom technischen Personal über die Lehrer und die Schüler, in den Entscheidungsprozess mit einbezogen werden. Gleichzeitig wird durch die Verleihung des Titels „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ das Engagement der Schülerinnen und Schüler öffentlich in besonderer Form gewürdigt.“



Tagung Bürgerschaftliches Engagement

Vor dem aktuellen Hintergrund der NPD- Demonstration im November 2005 in Potsdam und den wiederholten Übergriffen rechter Personen bzw. Gruppen in Potsdam im Jahr 2006 sollten mögliche Strategien, Verhaltensregeln, Fragen der Öffentlichkeitsarbeit etc. besprochen werden, um Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz zu betrachten.

Im September 2006 fand in der Landeshauptstadt Potsdam eine Tagung zu bürgerschaftlichem Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit statt. Die Tagung mit dem Titel „Wie weckt man die schweigende Mitte?“ wurde in Kooperation mit dem Büro der Europa Information Potsdam, der Landeshauptstadt Potsdam und der Deutschen Gesellschaft e.V. vorbereitet und durchgeführt. Finanziell wurde die Tagung durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung unterstützt.

Thematisiert wurden Fragen zu Bürgernetzwerken und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und zu rassistischen Tendenzen in Deutschland. Als Beispiel aus der Praxis wurde der Lokale Aktionsplan diskutiert.

Angesichts der Problematik des Umgangs der Bürgergesellschaft mit extremistischen Strömungen in Brandenburg und angesichts der Vielzahl bereits bestehender Initiativen, Vereinen und anderen Einrichtungen, die sich mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit befassen, bot die Durchführung der Veranstaltung die Möglichkeit eines übergreifenden Erfahrungsaustausches und der verstärkten Netzwerkbildung.

Turbine Girls Camp 2006 – „Magda kickt mit Lena“

Im August 2006, den Sommerferien im Land Brandenburg, fand das deutsch-polnische Mädchenfußballprojekt „Magda kickt mit Lena“ mit dem AZS Wroclaw und dem 1. FFC Turbine Potsdam in der Landeshauptstadt Potsdam statt. Projektträger war die Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz, die von vielen Einrichtungen, Vereinen und Trägern der Stadt Potsdam unterstützt wurde.

Das für die teilnehmenden Mädchen kostenlose Projekt beinhaltete sportliche, soziale und kulturelle Elemente, deren Inhalte sich miteinander sehr gut verknüpfen ließen. Das Projekt wurde vom gemeinsamen Handeln und Miteinander bestimmt. Mit Hilfe des Projekts wurde das Selbstvertrauen gestärkt, die Eigeninitiative und der Fairnessgedanke gefördert und das Verständnis zwischen den Kulturen der polnischen, der deutschen und der Mädchen mit Migrationshintergrund gefördert.

Interkulturelle Woche

Vor 31 Jahren, 1975, wurde in der Bundesrepublik das erste Mal von der katholischen, der griechisch-orthodoxen und der evangelischen Kirche zum "Tag des ausländischen Mitbürgers" eingeladen. In den vergangenen Jahrzehnten entwickelte sich aus dem „Tag des ausländischen Mitbürgers“ bundesweit die Tradition der jährlichen Durchführung der „Interkulturellen Woche“. Diese Woche wird inzwischen auch von den Gewerkschaften und Arbeitgebern, Ländern und Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, von Sportverbänden, von vielen Vereinen und Gruppen getragen.

Die bundesweite Vernetzung der Veranstalter der Interkulturellen Woche garantiert, dass in dieser Woche migrationsrelevante politische, gesellschaftliche und rechtliche Themen erörtert und notwendige Veränderungswünsche öffentlichkeitswirksam angesprochen werden.

Die „Interkulturelle Woche - Woche der ausländischen Mitbürger“ fand in Potsdam vom 24. bis 30. September 2006 statt. Sie stand bundesweit unter dem Motto „Miteinander Zusammenleben gestalten“. Dieses Motto sollte auch alle Potsdamerinnen und Potsdamer ansprechen, Zugewanderte und Einheimische, füreinander offen zu sein, bereit zu sein, das Leben in der Kommune miteinander zu gestalten.

In Potsdam wird die Interkulturelle Woche seit 1991 durchgeführt. Sie wird durch viele engagierte Kräfte gemeinsam vorbereitet. 21 Gruppen hatten das Programm zusammengestellt. Ausstellungen, Abendveranstaltungen, Projektangebote für Schülergruppen, interreligiöse Gespräche, Konzerte und ein traditionelles Fußballturnier erwarteten die Besucherinnen und Besucher der Interkulturellen Woche. Wie jedes Jahr, fanden in allen Zweigstellen der Potsdamer Stadt- und Landesbibliothek interessante Schülerveranstaltungen statt.

Die Eröffnung der Interkulturellen Woche fand am 24. September ab 14 Uhr im Rahmen eines bunten Straßenfestes vor dem Brandenburger Tor statt. Mit dem Grußwort des Oberbürgermeisters Jann Jakobs startete dieser Nachmittag, in dessen Mittelpunkt Begegnungen mit Potsdamerinnen und Potsdamern mit Migrationshintergrund standen. Zahlreiche Gruppen und Vereine präsentierten ihre Arbeit und freuten sich auf die Gespräche mit den Besucherinnen und Besuchern des Festes. Dazu gab es ein vielfältiges Kulturprogramm von Schulen und Vereinen, mit viel Musik und Tanz, sowie eine Bastelstraße und eine Kletterwand.

Im Einstein-Gymnasium wurde die Ausstellung „Unser Land - 10 Experten aus 10 Ländern und was ihnen hierzulande einfällt“ gezeigt. Diese Ausstellung berichtete in amüsanter Weise aus dem Blickwinkel der in Deutschland lebenden Zuwanderer, was ihnen zu den Lebensweisen und Umgangsformen in Deutschland einfällt. Almuth Berger, Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, eröffnete die Ausstellung am 25. September. Die Ausstellung wurde in Kooperation mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Potsdam e.V. und des Vereins „Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland“ gezeigt.

Den Abschluss der Interkulturellen Woche bildete am Samstag, den 30. September, die Verleihung des Integrationspreises der Landeshauptstadt Potsdam. Im Malteser Treffpunkt Freizeit stellten ab 12 Uhr alle Bewerberinnen und Bewerber für den diesjährigen Integrationspreis ihre Projekte der Öffentlichkeit vor. Um 14 Uhr erfolgte die feierliche Übergabe der Preise, u.a. durch den Oberbürgermeister Jann Jakobs und die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Birgit Müller. Den Nachmittag moderierte die Kabarettistin und Jurymitglied des Integrationspreises 2006, Frau Gretel Schulze.



Integrationspreis

Das Verhältnis zwischen Zuwanderern, auch untereinander, und den Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft ist nicht immer konfliktfrei.

Vielschichtige Integrationsprobleme veranlassten Politik, gesellschaftliche Gruppen und engagierte Bürger, nach umfassenden und nachhaltigen Integrationsansätzen zu suchen. Inzwischen ist Integration zu einem zentralen Thema des gesellschaftlichen Zusammenlebens geworden und zu einer großen Herausforderungen für Gegenwart und Zukunft.

In unserer Stadt wird bereits heute eine sehr gute Arbeit auf diesem Gebiet geleistet. Um das zu unterstreichen und zu fördern, würdigt die Landeshauptstadt Potsdam seit 2005 das besondere Engagement von Einzelpersonen, Gruppen oder Einrichtungen in der Integrationsarbeit durch eine Auszeichnung.

Um den Integrationspreis können sich Vereine, Stadtteile, Ortsteile, Kindergärten, Schulen und Einzelpersonen bewerben, die erfolgreich Ideen kommunaler Integrationspolitik entwickelt haben und die nachhaltig anwenden.

2006 wurde der Preis zum 2. Mal ausgelobt, 15 Vorschläge wurden eingereicht. Aus den eingereichten Vorschlägen wählte eine Jury die ersten 3 Preisträger aus, die ihren Preis aus den Händen des Oberbürgermeisters und der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung entgegen nehmen konnten.

Die öffentliche Verleihung des Integrationspreises soll dazu motivieren, den Integrationsgedanken weiter zu entwickeln und zu vertiefen.

Die Verleihung des Integrationspreises 2006 bildete gleichzeitig auch den Abschluss der Interkulturellen Woche.



Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sind ein gesamtgesellschaftliches Problem, für das es keine kurzfristigen oder gar schnellen Lösungen gibt.

Um so wichtiger ist es, ein breites gesellschaftliches Bündnis zu schaffen. Nur in Kombination von politischer und zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung kann wirkungsvoll der rechtsextremen Kultur der Boden entzogen werden.

Mit dem Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam wurde ein gesamtgesellschaftliches Gremium gebildet, dass durch seine Arbeit für eine weltoffene und tolerante Landeshauptstadt eintritt.

Impressum:

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister